

Das Moskauer „Komplott“

SED-Funktionäre müssen wieder einmal umlernen

Seit Freitag finden in allen Teilen der Sowjetzone und Ostberlins eilig einberufene SED-Versammlungen statt, auf denen die Parteimitglieder über die bereits vorhandenen Resolutionen gegen die — wie es heißt — „partei-feindliche Gruppe Malenkow-Kaganowitsch-Molotow“ abstimmen müssen. Diese Abstimmung kann natürlich kein anderes Ergebnis haben als die „einstimmige Verurteilung“ des „Molotow-Komplots“, wie man die ganze Geschichte in Parteikreisen tituliert. Im Gegensatz zur Sowjetpartei ist die SED nämlich bemüht, die Person Molotow in den Vordergrund zu schieben. Ohne zu berücksichtigen, daß gerade dies verhängnisvolle politische Folgen haben kann.

Hier muß man berücksichtigen, daß sich die SED in einer besonders unangenehmen Situation befindet. Malenkow — in der Sowjetpresse Mittelpunkt der angeblichen „Verschwörung“ — war für die SED der Nachfolger Stalins. Und wer davon weiß, wie schwer sich der Stalin-Mythos in der SED ausrotten ließ, kann sich leicht denken, daß man nun keinen zweiten „Fall Stalin“ schaffen möchte.

Schließlich hat gerade die SED-Presse mit Malenkow, dem Nachfolger Stalins, einen weitaus größeren Personenkult betrieben als beispielsweise mit Chruschtschow. War doch damals die Diskussion um den „Personenkult“ noch in den Kinderschuhen.

Man muß das wissen, um die Reaktion der SED-Mitglieder zu verstehen. Für sie spielt sich jetzt in der Sowjetpartei ein Machtkampf ab, der morgen auf die Führungsverhältnisse in der SED einwirken kann. Viele glauben, Chruschtschow werde nun in gleicher Weise mit den Stalinisten abrechnen, wie es Stalin mit den Leninisten tat. Ohne dadurch allerdings das von Grund auf diktaturbedingte System zu ändern. In der SED steht natürlich Ulbricht im Mittelpunkt solcher Betrachtungen. Die Spekulationen, Ulbricht stehe

nun kurz vor dem Sturz, kommen nicht aus der SED. Hier ist man realer: Man weiß um die Schwierigkeiten, die mit der Absetzung eines solch hartgesottenen Stalinisten verbunden sind und weiß auch, daß die Sowjets aus politischen Gründen vor einem Machtwechsel in der Zone zurückschrecken.

Das heißt jedoch nicht, daß Ulbrichts Politik bleiben muß. Der SED-Sekretär würde heute — wenn es um die Erhaltung seiner Macht geht — seine eigene Politik kaltlächelnd um 180 Grad wenden. Nur — vorher müßte er ganz sicher gehen, ob dies dann auch wirklich die von Chruschtschow während der nächsten drei Jahre befürwortete Politik wäre.

Fragen über Fragen

In Fragenärskreisen der SED glaubt man, daß die KPdSU erst in ein oder zwei Monaten gründlicher zum Fall Malenkow - Kaganowitsch - Molotow Stellung beziehen wird. Dann erst werden sich die Rückwirkungen auf die SED bemerkbar machen. Die Mitglieder warten nicht so lange. Aus der Vielzahl der jetzt diskutierten Fragen greifen wir nur einige heraus, die auf der Ostberliner SED-Aktivtagung am vergangenen Freitag gestellt worden sind.

So stellte ein Mitglied die Frage: „Warum wurde Malenkow im Zentralkomitee belassen, wenn seine verräterische Rolle schon bei seiner Amtenhebung als Nachfolger Stalins feststand?“ Und: „Was waren die Ziele der Verschwörer? Welche andere Politik wollten sie denn betreiben?“

Gibt es „deutsche Koexistenz“?

Die nächste Frage, die auch prompt gestellt wurde, ist dann unweigerlich: „Molotow war doch die entscheidenden Jahre verantwortlich für die Außen- und Deutschlandpolitik der Sowjetunion! Sind in dieser Zeit vielleicht auch Fehler gemacht worden, die man korrigieren muß?“ Und: „Wenn Molotow die friedliche Koexistenz behindert hat, gibt es dann auch erweiterte Möglichkeiten für eine ‚deutsche Koexistenz‘? Haben Molotows Thesen zu den Fragen der Wiedervereinigung, die heute noch Gültigkeit besitzen und von sämtlichen Nachfolgern Molotows übernommen wurden, dann noch den gleichen Wert?“

Die Diskussion darum hat erst begonnen. Aber sie zeigt, daß das Vertrauen selbst der hartnäckigen Kommunisten in die führende Rolle der Sowjetpartei weitestgehend erschüttert ist. Eine Führungsgruppe, die sich gegenseitig des Verrats und der politischen Dummheit beschuldigt, kann keinen Anspruch auf willenslose Gefolgschaft erheben. Und neiderfüllt blicken die SED-Funktionäre über Ulbricht hinweg auf Tito und Gomulka, die ihren Parteien eine bessere Ausgangsbasis für derartige Diskussionen schufen.

J. B. Gradl:

Krise im Blitzlicht

In jedem Staat werden hin und wieder Regierungen umgebildet; das ist in demokratischen Ländern nicht anders als in der Sowjetunion. In einem allerdings hat Moskau einen weiten Vorsprung, es vermag die Welt regelmäßig zu überraschen. Da sitzen nun Hunderte von Diplomaten und Journalisten in Moskau; vom 22. bis 29. Juni tagt ein mehrhundertköpfiges sowjetisches Spitzengremium und hält Gericht über prominenteste Mitglieder der sowjetischen Führung, aber nichts wird bekannt, ehe — noch mal fast eine Woche später — das amtliche Kommuniqué des Zentralkomitees der KPSU veröffentlicht wird. Wenn etwas in der kommunistischen Pseudodemokratie funktioniert, dann ist es die Isolierung von der Öffentlichkeit. Jene Leute im Westen aber, die gelegentlich so sachverständig auftreten, als könnten sie in der Sowjetunion sogar das Gras wachsen hören, haben mit der neuen Überraschung aus Moskau einigen Anlaß zur Zurückhaltung bekommen. Solange der Kommunismus nicht das Wagnis eingeht, sich in seinem eigenen Bereich der freien Diskussion zu stellen, so lange bleibt er unberechenbar. So lange entbehrt er allerdings auch jener automatischen und geschmeidigen Anpassung, die in den Demokratien die Frucht der unentwegten öffentlichen Diskussion und Kontrolle ist.

Gegen „wohlbekannte“ Fortschritte?

Die Kommunisten sind intelligent genug, um in ihrem ideologischen Wettbewerb zu spüren, daß da etwas nicht in Ordnung ist. In dem Aufsatz der „Prawda“, in dem die Umbildung des sowjetischen Führungsgremiums angekündigt wurde, wird die Frage gestellt, ob die Ablehnung jeden Widerspruches und der Kampf gegen jede Abweichung nicht bedeute, daß „die marxistisch-leninistische Partei in ihrer Mitte keinerlei Erörterung und Meinungsaustausch duldet“. Natürlich verneint das Parteiorgan

der KPSU diese Frage. Aber tatsächlich hat bisher niemand außerhalb des Zentralkomitees zu erfahren bekommen, was Molotow, Kaganowitsch, Malenkow und Schepilow wirklich wollten und warum sie etwas anderes wollen. Die Kommunisten, die auf dem Prinzip von These und Antithese ihre ganze Weltanschauung aufgebaut haben, vermeiden es sorgfältig, durch die Gegenüberstellung von sachlichen Argumenten und Gegenargumenten den Parteimitgliedern, dem Volk und der Welt den Schlüssel zum wirklichen Verständnis der erstaunlichen Vorgänge zu geben.

Die Sowjetbürger soll offenbar glauben gemacht werden, daß die vier Hauptsünder so angenehme Sachen wie Milch, Fleisch, Butter, Wohnungsbau, Frieden und dergleichen einfach nicht wollen. In dem Kommuniqué wird von all diesen Dingen gesprochen als von einem „Fortschritt, der jedem Sowjetbürger wohlbekannt ist“. Nur der Sowjetbürger Molotow und seine Gefährten haben offenbar diesen Fortschritt nicht erkannt, und weil sie ihn nicht erkannten, „griffen sie zum Mittel der Intrige und schmiedeten ein geheimes Komplott gegen das Zentralkomitee“. Diese Andeutungen zeigen zur Genüge, wie sachliche und persönliche Gegensätze im gleichen Zuge enthüllt und verschleiert werden.

Die Moskauer Vorgänge der letzten vierzehn Tage haben natürlich verschiedene Ursachen. Das ergibt sich schon aus der ungleichartigen Zusammensetzung der gestürzten Gruppe, in der Molotow und Kaganowitsch noch am ehesten zueinander passen. Ebenso zweifellos ist es, daß persönliche Spannungen eine wesentliche Rolle spielen. Die Art, in der Chruschtschow aufzutreten pflegt, diese Mischung von Rücksichtslosigkeit, Bauernschläue, politischem Instinkt und unbekümmerter Urwürdigkeit, ist nicht jedermanns Sache. Sicher hatten nicht nur westliche Diplomaten Anlaß, sich hin und wieder über diesen Spitzenvertreter einer Weltmacht sehr zu wundern. Und jeder weiß, daß Chruschtschow mit starken Ellbogen ausgestattet ist. Dennoch bleibt

die Frage, ob die tieferen Ursachen der jüngsten Säuberungsaktion im Zentralkomitee der KPSU nicht doch sachlicher Natur sind. Mancherlei spricht dafür.

Es war Chruschtschow, der — aus welchen Gründen auch immer — mit seiner berühmten Rede im Februar vorigen Jahres dem sowjetkommunistischen System menschliche Züge zu geben versuchte, indem er den Götzenkult und seinen Terrorapparat verdammt. Und zuvor und danach hatten die Nachfolger Stalins einiges getan, was auf friedlichere und humanere Gesinnung schließen lassen konnte. Die bessere Stimmung in der Welt für die Sowjetunion war der Erfolg. Dann kamen jedoch die Ereignisse von Posen, Warschau und Budapest. Diese Ereignisse mußten einem brutalen und primitiven Machtdenken als Fehlschlag der neuen Politik erscheinen, nicht nur dem Denken Molotows, sondern aller, die im Geiste Stalins gewachsen waren, und insbesondere auch den orthodoxen Satellitenkommunisten, die um ihre roten Throne bangten. Das mußte zu Unsicherheit und Spannung in der kommunistischen Spitze führen. Daneben lief das Problem einer besseren Versorgung der eigenen Bevölkerung bei wachsenden Ansprüchen der Satelliten und anhaltend hohem Rüstungsaufwand. Das wiederum mußte zu einem Gegensatz zwischen jenen führen, die aus Stalins Zeit das Rezept des Großzügigens und der harten Hand kannten, und den Befürwortern eines elastischen Kurses, der die Produktion und Versorgung verbessern will durch Dezentralisierung und Lockerung der Planwirtschaft und durch Weckung und Stärkung des persönlichen Interesses an Leistung und Erfolg. Kennzeichnend ist der Vorwurf gegen die gestürzten Vier, sie hätten nicht eingesehen, daß die materielle Interessiertheit der Bauernschaft verstärkt werden müßte. Wahrscheinlich ist die verfeimte Gruppe der Meinung, das wirtschaftliche und politische Risiko einer Lockerung der bis dahin straff geführten kommunistischen Planwirtschaft sei größer als das Fortfahren im alten Kurs der

(Fortsetzung auf Seite 7)

Heuss eröffnete INTERBAU

Die größte Ausstellung in der Geschichte Berlins

Berlin (Eigenbericht). Die größte Ausstellung in der Geschichte Berlins, die „Internationale Bauausstellung Berlin 1957“, wurde durch Bundespräsident Theodor Heuss feierlich eröffnet. Bei sonnigem hochsommerlichem Wetter fand die von Festmusik umrahmte Eröffnungsveranstaltung auf der Gartenterrasse des Schlosses Bellevue vor der Kulisse des Schloßparkes und der dahinterliegenden neuen Hochhausneubauten des Hansaviertels statt.

In seiner Eröffnungsansprache würdigte der Bundespräsident vor allem die städtebauliche Leistung im neuen Hansaviertel. Gerade das Hansaviertel habe einmal zu den geschichts- und damit gesichtslosesten Bauten gehört. Aus der Situation von heute sei nun ein völlig neues Wohnviertel in der Riesenstadt entstanden, bei dem nicht zuletzt auch der Hinterhof verschwunden sei. „Ich habe mich zwölf Jahre in Schöneberg an einem sogenannten ‚Gartenhaus‘ erlabt“, sagte Heuss und nahm diesen persönlichen Eindruck zum Anlaß, das „Elementare der neuen Baugesinnung“ aufzuzeigen. Die Rückgewinnung der Redlichkeit, die allerdings nicht mit banaler Nüchternheit oder mit dem Zurschaustellen moderner Baumöglichkeiten verwechselt werden sollte, bezeichnete der Bundespräsident als besonders wichtig. „Das technisch Gekunkte ist noch nicht Kunst.“

Zuvor hatte Berlins Regierender Bürgermeister Otto Suhr den Bundespräsidenten und die Ehrengäste Berlins begrüßt. „Diese festliche Stunde ist die Erfüllung eines jahrelangen Arbeitens, Planens, Hoffens und Schaffens“, sagte er in einer Ansprache. Eindringlich rief Suhr noch einmal das „apokalyptische Trümmerfeld dieses Raumes“ vor 12 Jahren den Gästen in die Erinnerung zurück und rief: „Gerade an diesem Ort, nur zwei Stadtbahnstationen von einer anderen Welt entfernt, wird diese neue Baugestaltung zu einer demonstrativen Dokumentation der Freiheit werden!“ Dann dankte er noch einmal allen am Gelingen der INTERBAU Beteiligten und gab bekannt, daß der Zimmerarbeiter Lothar Maschke durch das Los dazu bestimmt wurde, als Geschenk eine vierwöchige Studienreise

nach Oberitalien zu bekommen.

60 in- und ausländische Architekten und Gartenarchitekten, die an der Ausgestaltung des Hansaviertels mitgewirkt haben, trugen sich im Rahmen eines Empfangs im Schöneberger Rathaus in das Goldené Buch ein. Gleichzeitig überreichte ihnen der Regierende Bürgermeister Suhr je ein Exemplar des neuen Bildwerkes „Berlin“.

Zuvor hatte Suhr die Architekten Prof. Dr. Gropius und Prof. Dr. Bartning noch besonders geehrt. Gropius erhielt die Ernst-Reuter-Medaille in Silber und Bartning eine Schenkungsurkunde über 5000 DM für die „Otto-Bartning-Stiftung für Baukunst und bildende Künste“.

Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender, aber mit Angabe der Nummer der Ausgabe, auf die Sie sich beziehen, an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni
Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richtthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

Rowohlt

Der Hamburger Verleger Ernst Rowohlt will, soviel war schon bekannt, zum kommunistischen „Jugendfestival“ nach Moskau fahren. Jetzt erfährt man einiges von dem, was er sich dabei denkt.

Das kürzlich verliehene Bundesverdienstkreuz wird er voraussichtlich nicht mitnehmen. Er hofft vielmehr, sich dort größere Verdienste zu erwerben. Denn er reist zwar a) in Geschäften, aber b) in Illusionen. Und diese Illusionen kommen direkt aus einem noch nicht erschienenen Band seiner Deutschen Enzyklopädie — aus dem Traumbuch. Für dessen Ausarbeitung er ja übrigens in Moskau einige Autoren gewinnen könnte, die gleich ihm aus der Bundesrepublik im Schlafwagen kommen. Gefäß wird auch gern der Chefredakteur der „Prawda“ helfen.

Nachdem der rüstige Hamburger also zu Füßen des Krémles einige Verlagslizenzen für russische Autoren, so für

Puschkin, Gogol, Dostojewskij, erworben haben wird — was durchaus zu begrüßen wäre, sofern es sich um Neudrucke handelt —, wird er zu den Funktionären gehen. Er erwähnt sie zwar nicht, aber wem anders sollte er überhaupt sagen dürfen, daß er „die Jugend zusammenbringen und eine starke Förderung der kulturellen Gemeinschaft erzielen“ will? Und die Funktionäre werden den Wodka holen und dann dasselbe tun, was auch von den Vertretern der Sowjetzone zu erwarten ist. Denen nämlich möchte Ernst Rowohlt bei dieser günstigen Gelegenheit erzählen, daß das Reiseverbot für die Jugendlichen Mitteldeutschlands nicht mit dem Gedanken der Völkerverständigung übereinstimme.

Kurzum, die guten Kommunisten alle werden daraufhin in Tränen ausbrechen und Besetzung geloben.

Was sonst, Ernst Rowohlt?

Chruschtschow: Kein Kurswechsel

Gefahr für Malenkow — Sowjetführer in Leningrad

Leningrad (AP/DPA). Der sowjetische Parteisekretär Chruschtschow hat am Sonnabend bei seinem ersten öffentlichen Auftreten nach der Moskauer Säuberung in Leningrad erklärt, die Politik der KPdSU und der Sowjetregierung bleibe unverändert. Sie werde im Sinne der innen- und außenpolitischen Grundsätze Lenins und der Beschlüsse des XX. Parteikongresses geführt.

Chruschtschow, der zusammen mit Bulganin, Staatspräsident Woroschilow und den neuen ZK-Mitgliedern zur Teilnahme an den 250-Jahr-Feiern nach Leningrad gekommen war, sprach auf einer Massenkundgebung vor Arbeitern einer Elektrofabrik. Er erklärte, Molotow, Malenkow und Kaganowitsch seien „gerissene Aufwürger, die beabsichtigt hatten, die Macht in der KP und in der Regierung an sich zu reißen“. Dem ehemaligen Außenminister Schepilow warf er vor, sich der parteifeindlichen Gruppe angeschlossen und „auf schamloseste Weise doppeltes Spiel getrieben“ zu haben.

Die schärfsten Angriffe richtete Chruschtschow gegen den früheren Ministerpräsidenten und Nachfolger Stalins, Malenkow, den er einen Feigling nannte. Malenkow sei, so enthielt Chruschtschow jetzt, „einer der Drahtzieher des Leningrad-Falles“ gewesen. Chruschtschow bezog sich dabei auf die Hinrichtung mehrerer Parteiführer, die in einem Schauprozess unter

falschen Anschuldigungen zum Tode verurteilt worden waren. Die beiden früheren Minister für Staatssicherheit, Berija und Abakumow, wurden inzwischen wegen ihrer Beteiligung am „Leningrad-Fall“ hingerichtet. Die Behauptung, auch Malenkow sei einer der Drahtzieher gewesen, ist daher eine äußerst gefährliche Drohung, die eine direkte Gefährdung des Lebens von Malenkow bedeuten könnte.

Stassen stellte Bedingungen

Aber Sorin lehnte ab — Die Abrüstungsverhandlungen

London (AP/DPA). Die USA und Großbritannien lehnten in den Abrüstungsbesprechungen einen bedingungslosen Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen ab. Ein derartiger Verzicht war von der Sowjetunion in einem früheren Stadium der Konferenz gefordert worden. Der sowjetische Vertreter Sorin lehnte die Vorschläge ab.

In Übereinstimmung mit Großbritannien, Frankreich und Ka-

Loch droht der Kirche

Weimar (AP/DPA). Der Vorsitzende der Sowjetzonen-LDP und stellvertretende Ministerpräsident Loch hat unter Androhung von Repressalien die Leitung der evangelischen Kirche zur Loyalität gegenüber den Machthabern der Sowjetzone aufgefordert. Er verband seine Forderung mit Angriffen gegen Bischof Dibelius.

Die Bevölkerung des Bundesgebietes forderte Loch auf, die Regierung Adenauer bei den Bundestagswahlen „auf alle Fälle zu stürzen“. Er sprach in diesem Zusammenhang vom „Kampf gegen die Dunkelmänner des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik“ und von einem „politischen Sumpf, dessen Inkarnation die Person Konrad Adenauers“ sei.

nada hatte Stassen vorgeschlagen, für die Dauer von zehn Monaten die Wasserstoffbombenversuche einzustellen, falls sich die Sowjets mit einer Einstellung der Wasserstoffbombenproduktion für 1959 einverstanden erklären würden. In diesem Zusammenhang machte Stassen für die USA einige wesentliche Vorbehalte:

1. Die USA beabsichtigten nicht, ihre Vorräte an Kernwaffen vollkommen abzubauen.

2. Durch das Verbot der Herstellung von H-Bomben dürfe nicht die Möglichkeit ausgeschlossen werden, bereits vorhandene Kernwaffen „umzuarbeiten“ bzw. „schmutzige“ Atombomben in „saubere“ umzuwandeln.

3. Ein Abkommen über die Atomrüstung dürfe den USA nicht verbieten, die Streitkräfte befreundeter Staaten in der Anwendung von Atomwaffen auszubilden.

4. Den USA müsse erlaubt bleiben, Kernwaffen in befreundeten Staaten mit deren Zustimmung zu lagern. Die USA seien jedoch mit einem Verbot der Lieferung von Atomwaffen an andere Staaten einverstanden.

Sozialisten-Kongreß beendet

Kompromiß in der Deutschland-Entschließung

Wien (AP). Mit der einstimmigen Annahme dreier Entschließungen zur internationalen Lage, zum Suezproblem und zu den Ereignissen in Ungarn ist der fünfte Kongreß der Sozialistischen Internationale in Wien beendet worden. Die Resolution zur internationalen Lage, deren Annahme am Freitag vertagt werden mußte, da wegen der Haltung der SPÖ über den Status eines wiedervereinigten Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem keine Einigung erzielt werden konnte, wurde am Sonnabend auf Grund eines Kompromisses gebilligt.

In der Entschließung heißt es jetzt zur Deutschlandfrage: „Die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit würde einen wesentlichen Beitrag zur Minderung internationaler Spannungen bedeuten. Auf der andern Seite hängt die Wiedervereinigung von der Abnahme der internationalen Spannung ab. Der Kongreß der Sozialistischen Internationale stimmt mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands darin überein, daß das deutsche Problem nicht von Deutschland allein gelöst werden kann. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist ein europäisches Problem erster Ordnung.“

So sind sie wirklich:

Kleine Sehnsucht nach dem großen Bauhaus

Es ist bekannt, daß SED-Professor Hermann Henselmann, Ostberlins umstrittener Chefarchitekt, kurz vor Eröffnung der Berliner Bauausstellung wehmütig die Neubauten des Hansaviertels besichtigte, und daß er sich verlegen um einen entsprechenden Verdammungsartikel im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ drückte. Denn der „Zuckerbäcker von Pankow“, wie ihn seine Kollegen hämisch wegen des von Chrustschow gelästeren „Zuckerbäckerstils“ der von Henselmann kolportierten Sowjetarchitektur nennen, könnte auch anders: Er ist Bauhaus-Schüler. Was im Hansaviertel entsteht, bestimmte einst die Grundbegriffe seines eigenen konstruktiven Denkens. Nun aber ist sein Name unlösbar mit der Kitschbauweise der Ostberliner Stalinallee verknüpft. Und traurig fuhr der Chefarchitekt in seinen Sektor zurück...

Baute Backsteinhäuser

Hermann Henselmann ist am 3. Februar 1905 in Bernburg als Sohn eines kleinen Angestellten geboren worden. Er erlernte den Beruf eines Tischlers und ging nach seiner Gesellenprüfung in die Reichshauptstadt. Hier besuchte er die Handwerkerschule und bekam ein zeitweiliges Stipendium am Weimarer Bauhaus, wo er die Grundzüge modernen Bauens und neuzeitlicher Wohnkultur studieren sollte. In Kiel bekam er seine erste Stellung als Architekt. Aber die Bauherren dämmten seinen „konstruktivistischen“ Tatendrang und setzten ihn an norddeutsche Backsteinbauten, die er mit allerlei Kitsch verzierte.

Seine politische Vergangenheit ist unklar. Er selbst bezeichnet sich nicht als Altmitglied der KPD, aber es ist wahrscheinlich, daß er zu dieser gehörte. 1933 verlor er seine Stellung und versuchte sich während der Nazizeit in verschiedenen Berufen und Positionen. Die Parteihistorik schreibt ihm eine „antifasch-

HERMANN HENSELMANN



stische Tätigkeit“ zu, in keinem Widerstandszirkel ist diese bekanntgeworden.

Das große „mea culpa“

Aber das erscheint unwichtig, ist doch der einzig interessante Punkt in Henselmanns Vergangenheit seine Berührung mit der Bauhaus-Tradition. Da diese bis heute der Inbegriff architektonischen Fortschritts geblieben ist, glaubte Henselmann nach 1945, als Hochschul-lehrer und Parteigänger der KPD/SED ein neuer Avantgardist kommunistischen Bauhausstils zu werden. Die damals noch unsicheren SED-Ideologen ließen ihn gewähren, bis das große Donnerwetter aus Moskau kam: Stalins Chefarchitekten verfaßten ein Edikt über „sozialistische Bauweise“ und die „Anpassung der Architektur an das politische Bewußtsein des Menschen“. Das SED-Zentralkomitee zog eilig nach, und Henselmann hatte Mühe, sich schnell genug auf die neue Zuckerbäckerweise umzustellen. In einer umfassenden Arbeit begrüßte Henselmann das Moskauer Edikt, und das SED-Zentralorgan stellte ihm dafür seine Spalten zur Verfügung. „Ich selbst“, schrieb Henselmann, „habe die dringliche Aufgabe des Übernehmens

des Kulturerbes und damit die Rolle der Sowjetarchitektur unterschätzt. Ich habe die kritische, klassenmäßige Betrachtung des Konstruktivismus nicht zu Ende geführt...“ Damit war Henselmann politisch gerettet und seine Stellung als Chefarchitekt präpariert. Die Folge war jener Kitsch, der nach diesem Dezember 1951 zwischen Brandenburger Tor und Friedrichsfelde in die Höhe schoß.

Baute er die Stalinallee aus Trotz?

Es hat Stimmen gegeben, die behaupteten, Henselmann habe seine Parteichefs mit der Stalinallee regelrecht verkohlen wollen. Er habe diese seltsame Straße aus purem Trotz gebaut und sich befehlsgemäß dem Moskauer Zuckerbäckerstil gefügt. Es spricht einiges dafür, aber viel dagegen. Denn: Henselmann hat keinen Humor. Er nahm die damalige Weisung aus Moskau mit der gleichen Bestürzung ernst, wie er sich knapp fünf Jahre später der Verurteilung seiner Stalinallee fügen mußte. Und weil er sich zu fügen verstand, bleibt er im Amt.

Was aber wird das für eine Stadt, deren Chefarchitekt kein künstlerisches Rückgrat und Profil besitzt? Henselmann ließ Alt-Berliner Traditionsstätten — unersetzliche Werte — abreißen und restaurieren, je nachdem, wie es die Partei befahl. Er hätte Putten und flügel-schwebende Engel aus Stück an den Dachrinnen und Fenstersimsen der Stalinallee-Häuser gepappt, wenn es die Partei als schön empfunden hätte. Nun sieht er staunend in Westberlin die „Interbau“. Er, den die SED zu keinem internationalen Kongreß fahren ließ, er, der abgeschnitten von der modernen europäischen und überseeischen Architektur seine „bewußtseinsbildenden Mietskasernen“ baut, spürt noch einmal den echten Atem großer Baukunst. Aber — kann ihm das drüben etwas nützen...?

Der Einzelbauer muß sterben

Kommunistische Bauernpartei beschloß Totalkollektivierung

Jenen, die aus den letzten Reden Grotewohls herausgehört haben wollten, daß die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone nicht mehr auf der Basis des Zwanges von-statten gehen würde, erteilte der soeben beendete V. Parteitag der „Demokratischen Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) eine harte Lehre. Die kommunistische Bauernpartei erklärte — ungeachtet der Tatsache, daß in ein großer Prozentsatz Einzelbauern angehört —, in der Zukunft habe nur noch die „sozialistische Landwirtschaft“ eine Existenzberechtigung. Und es sei falsch, darüber erst in zwei oder drei Jahren zu reden.

Haupttagungspunkt dieses Parteitages war die Annahme eines neuen Statuts, das die Mitglieder verpflichtet, „alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Sozialisierung der Landwirtschaft voranzutreiben“. Wer sich dieser Entwicklung entgegenstellt, kann nunmehr aus der Partei ausgeschlossen werden. Dieses Statut, das in einem offiziellen Dokument „über den Charakter unserer Partei und Grundsätze ihrer Politik“ enthalten ist, stieß bei seiner Formulierung auf wesentliche Schwierigkeiten, da leitende DBD-Funktionäre einen möglichen Massenaustritt der Einzelbauern zu bedenken gaben. Aber der Einspruch scheiterte an der Entscheidung des SED-Sekretärs für Landwirtschaft, Erich Mückenberger, der erklärte, der Sozialismus sei nicht „durch eine Handvoll rückständiger Kleinbauern aufzuhalten“.

Nun sind es aber gerade diese — weitaus mehr als eine „Handvoll“ — Kleinbauern, die das Rückgrat der sowjetzonalen Volksernährung bilden. Ohne sie müßte die SED schon im Anfangsstadium ihres „Sozialismus“ absolut unheroisch verhungern. Und so versuchten denn auch Kreis- und Bezirksfunktionäre der DBD, diesen Kleinbauern wenigstens einige Hoffnungen für künftige Arbeit zu suggerieren. Die zum Parteitag erschienenen SED-Führer waren dafür nicht diplomatisch genug. Sie zerschlugen Porzellan, wo welches zu kitten gewesen wäre. Und Mückenberger selbst war es, der den Einzelbauern alle Illusionen über die künftige Mechanisierung ihrer Betriebe nahm.

MTS behalten Monopol

Man kennt die Diskussionen um die unrentablen und in ka-

tastrophalem technischen Zustand befindlichen MTS. Der nach dem Westen geflüchtete SED - Landwirtschaftsexperte Vieweg hatte rundweg ihre Auflösung gefordert. Andere Ökonomen verlangten zumindest eine ausgleichende Teilmechanisierung bäuerlicher Privatbetriebe.

Noch auf der Rostocker LPG-Tagung hatten SED-Funktionäre diesen Bauern gewisse Hoffnungen gemacht. Man sprach von Kleintraktoren, die bald in die Produktion gingen, und von leichten Erntemaschinen, die der Privatbauer — notfalls unter staatlicher Kreditierung — auf dem freien Markt kaufen könnte.

Jetzt sind diese Maschinen zum Teil bereits auf der Landwirtschaftsausstellung in Mark-

Bauern wollen Genossenschaften

So ist es nicht verwunderlich, wenn die Funktionäre der Bauernpartei auf ihrer Leipziger Konferenz berichteten: „Wir hören von immer mehr privaten Einzelbauern, die sich für die in Westdeutschland existenten alten Raiffeisengenossenschaften interessieren und oft sogar nur für diesen Zweck Reisen in die Bundesrepublik unternehmen. Die Forderung nach einer zumindest ähnlichen Einrichtung in der DDR dürfte keinem unserer Funktionäre verborgen geblieben sein!“

Diesen Diskussionspunkt hat keine einzige kommunistische Zeitung publiziert. Er ist nämlich gegenwärtig der Prüfstein, den die noch nicht kollektivierten Mitglieder der DBD an die Tätigkeit ihres Parteivorstandes legen. Sie wollen die Chance haben, selbst zu einem kleinen Traktor oder wenig-

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2. Druck: W. Buxenstein, GmbH.

kleeberg zu sehen. Aber da erklärte Mückenberger auf dem Bauernparteitag: „Eine Kleinmechanisierung bäuerlicher Privatbetriebe wäre ein Rückschritt beim Aufbau des Sozialismus! Wir denken nicht daran, dem Kleinbauern Traktoren zu verkaufen. Wir wollen im Gegenteil die MTS stützen und fördern...“

stens zu den notwendigsten Ackergeräten zu kommen. Sie wissen, daß ihre Arbeit durch die unzureichenden MTS-Stationen nur behindert und verzögert wird. Sie wissen aber auch, daß sie in dem Augenblick — wenn sie über eine eigene kleine Maschinenausrüstung verfügen — den LPG haushoch überlegen sind. Eben das aber will die SED verhindern. Ihre „Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften“ würden keinen Konkurrenzkampf mit bäuerlichen Privatbetrieben bestehen, auch wenn sich dieser zum Nutzen der Volksernährung auswirken würde.

So dürfen die Bauern weiter dahinwursteln, oder sich über den MTS-Vertrag allmählich in das System der Agrarkollektiven einordnen. Die Bauernpartei wird sie nur im letzteren unterstützen.



Ehrenkompanie in Prag

„Prost!“

Krise im Blitzlicht

Fortsetzung von Seite 2

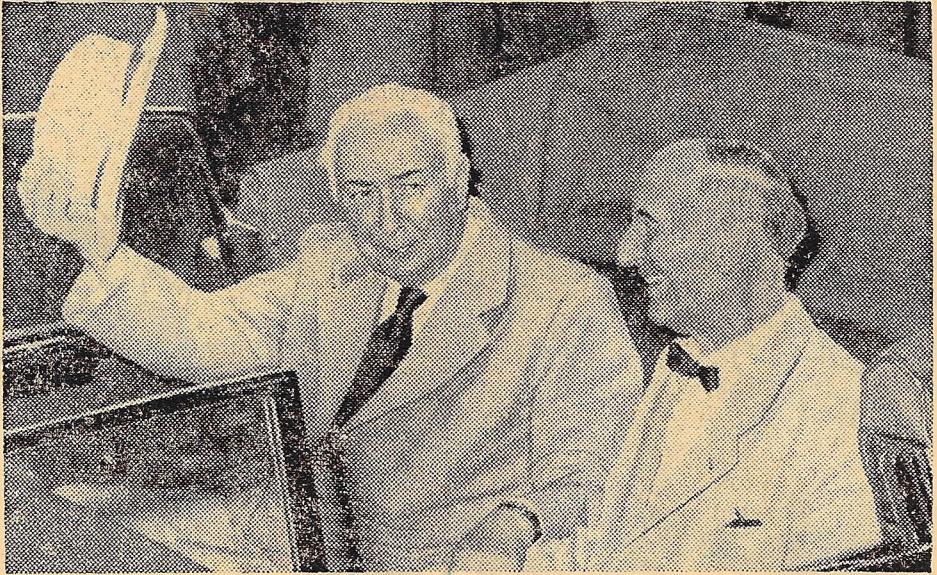
strengen Regulierung und Konsumdrosselung.

Nun darf man sicher sein, daß die Anhänger des alten wie des neuen Kurses in einem nie verschiedener Meinung waren und sein werden: daß nämlich die Macht des Sowjetstaates gewahrt und der Kommunismus zum Sieg geführt werden müsse. Die Gegensätze sind — wenn man von den persönlichen Reibungen absieht — Gegensätze der Methode, nicht des Zieles. Chruschows „Ideologie-mit-Butter“-Parole ist kennzeichnend: „Wenn unsere Ideologie mit köstlichen Mahlzeiten gewürzt wird, dann wird sie den Geist noch tiefer durchdringen und alle Schranken beiseite fegen.“ Wenn aber die Meinungsverschiedenheiten über den sowjetkommunistischen Weg so stark sind, daß sie die

Spitzengruppe aufspalten, dann ist das ein Zeichen für die Größe der tatsächlichen Schwierigkeiten, vor denen die Sowjetunion steht. Deshalb kann man sagen, daß die Moskauer Ereignisse wie ein Blitzlicht die Krise aufleuchten lassen, in der sich der Kommunismus bei dem Versuch seiner Wandlung vom Terrorsystem zur internationalen Salonfähigkeit befindet.

Die Welt hat keinen Anlaß, und am allerwenigsten haben wir Deutsche ihn, Herrn Molotow nachzutrauern. Aber es besteht auch kein Anlaß zu schnellen optimistischen Deutungen der Geschehnisse. Worauf es ankommt für die Welt, das sind allein die sowjetischen Handlungen. Es war Schepilow, der als Außenminister vor knapp einem Jahr in London auf der Suezkonferenz sagte, die Sowjetregierung lehne je-

den Versuch als untauglich ab, dem einen oder anderen Volk innere Einrichtungen aufzuzwingen, die fremden Mächten, aber nicht dem Volk gefallen. Das war ein sehr vernünftiger Vorsatz. Leider ist er weder in Ungarn noch in Deutschland realisiert worden, und Schepilow gehört zu jener jetzt gestürzten Gruppe, die nach dem Moskauer Kommuniqué „auf jede Art und Weise die Durchführung herangereifter neuer Maßnahmen, die auf die Minderung der internationalen Spannung gerichtet waren“, gestört habe. Wie dem auch sei, das geteilte Deutschland ist das Musterbeispiel eines internationalen Spannungsherdes. In der Abrüstungsfrage und in der deutschen Frage wird sich zu zeigen haben, ob die Bekenntnisse der neuen Moskauer Führungsgruppe zu „Milderung der internationalen Spannung“ und zu „Freundschaft mit allen Völkern“ ernstgemeint sind.



BILDER DER WOCHE. Oben: Bundespräsident Heuss kam zur INTERBAU nach Berlin. Er wurde vom Regierenden Bürgermeister Suhr empfangen. — Unten: Auf ein Korallenriff ist der britische Luxusdampfer „Reina del Pacifico“ vor Bermuda aufgelaufen. Er hatte 600 Passagiere an Bord, von denen niemand zu Schaden kam. Erst viele Stunden Schlepperarbeit machten das Schiff wieder flott.

